

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM DONNERSTAG, 15. SEPTEMBER 1977

VORSITZ: GÉRARD BORDU

Vizepräsident

Die Sitzung wird um 10.05 Uhr eröffnet.

Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der vorangegangenen Sitzung wird genehmigt.

Vorlage von Dokumenten

Der Präsident teilt mit, daß er folgende Dokumente erhalten hat:

a) vom Rat ein Ersuchen um Stellungnahme zu

— den folgenden Vorschlägen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat:

I. Vorschlag für eine Verordnung (EWG), Euratom, EGKS) zur Durchführung des Beschlusses vom 21. April 1970 über die Ersetzung der Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten durch eigene Mittel der Gemeinschaften

II. Zweiter geänderter Vorschlag gemäß Artikel 149 EWGV und 119 EAGV für eine Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) zur Änderung der Haushaltsordnung vom 25. April 1973 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften

III. Änderungen des Vorschlags für eine Verordnung über die Anwendung des Beschlusses vom 21. April 1970 über die Ersetzung der Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten durch eigene Mittel der Gemeinschaften auf die Mehrwertsteuer-Eigenmittel

(Dok. 274/77).

Dieses Dokument wurde an den Haushaltsausschuß überwiesen;

b) vom Landwirtschaftsausschuß einen Bericht von Herrn Hughes über die Vorschläge der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat (Dok. 236/77) für

I. eine Verordnung zum Verbot des unmittelbaren Fangs und der Anlandung von Heringen für industrielle Zwecke

II. eine Verordnung über Erhaltungsmaßnahmen für die Heringsbestände in der Nordsee für 1978

III. eine Verordnung zur Festlegung von Übergangsmaßnahmen zur Erhaltung und Bewirtschaftung bestimmter Heringsbestände

und

eine Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat betreffend den Vorschlag für eine Verordnung zur Festlegung von Übergangsmaßnahmen zur Erhaltung und Bewirtschaftung bestimmter Heringsbestände

(Dok. 280/77).

Beschluß über die Dringlichkeit

Das Parlament beschließt die Dringlichkeit des von Herrn Bayerl im Namen des Ausschusses für Außenwirtschaftsbeziehungen ausgearbeiteten Berichts über die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Portugal (Dok. 187/77/rev.) und nach Ausführungen von Herrn Giraud die Eintragung des Berichtes in die Tagesordnung dieser Sitzung nach der mündlichen Anfrage über das Statut des Wanderarbeitnehmers (Dok. 259/77).

Zusammensetzung der Ausschüsse

Auf Antrag der Sozialistischen Fraktion bestätigt das Parlament die Ernennung von

— Herrn Vanvelthoven zum Mitglied des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für Energie und Forschung;

— Herrn Andersen zum Mitglied des Landwirtschaftsausschusses und des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz;

— Herrn Dinesen zum Mitglied des Ausschusses für soziale Angelegenheiten, Beschäftigung und Bildung;

— Frau Dahlerup zum Mitglied des Haushaltsausschusses an Stelle von Herrn Albertini und zum Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Währung.

Auf Antrag der Fraktion der Europäischen Demokraten für den Fortschritt bestätigt das Parlament anschließend die Ernennung von

- Herrn Nyborg zum Mitglied des Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit;
- Herrn Jensen zum Mitglied des Ausschusses für Energie und Forschung und des Ausschusses für Außenwirtschaftsbeziehungen, bei letztgenanntem an Stelle von Herrn Nyborg;
- Herrn Herbert zum Mitglied des Landwirtschaftsausschusses an Stelle von Herrn Gibbons.

Das Parlament bestätigt ferner auf Antrag der Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden die Ernennung von

- Herrn Petersen zum Mitglied des Haushaltsausschusses, des Ausschusses für Außenwirtschaftsbeziehungen und der Beratenden Versammlung des Abkommens AKP—EWG.

Jugendarbeitslosigkeit

Nach der Tagesordnung folgt die gemeinsame Aussprache über zwei mündliche Anfragen über die Jugendarbeitslosigkeit.

Frau Dunwoody erläutert ihre gemeinsam mit den Herren Adams, Lezzi, Albers, Kavanagh, Delmotte, Carpentier, O. Hansen, Dondelinger, Lord Murray, Herrn Schreiber und Lady Fisher im Namen der Sozialistischen Fraktion an die Kommission gerichtete mündliche Anfrage mit Aussprache über die Jugendarbeitslosigkeit (Dok. 264/77).

Herr Granelli erläutert seine gemeinsam mit Frau Cassanmagnago Cerretti und den Herren von der Gun, Pisoni, H. W. Muller, Vandewiele, Früh, Schwörer, Vernaschi und Caro an die Kommission gerichtete mündliche Anfrage mit Aussprache über die Jugendarbeitslosigkeit in Europa (Dok. 265/77).

Es spricht Frau Ewing, die für die Fragestunde eine Anfrage zu demselben Thema gestellt hatte.

Herr Vredeling, *Vizepräsident der Kommission*, beantwortet die Anfragen.

Es sprechen die Herren Hughes im Namen der Christlich-Demokratischen Fraktion, Liogier im Namen der Fraktion der Europäischen Demokraten für den Fortschritt, Cifarelli im Namen der Liberalen und Demokratischen Fraktion, Frau Kellett-Bowman im Namen der Europäischen Konservativen Fraktion, den Herren Lemoine im Namen der Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden, Jensen, Kavanagh im Namen der Sozialistischen Fraktion, Pistillo im Namen der Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden, und Albers.

Der Präsident erklärt die Aussprache über diese Anfragen für geschlossen.

Statut des Wanderarbeitnehmers

Herr Granelli erläutert seine gemeinsam mit Frau Cassanmagnago Cerretti und den Herren van der Gun, Bertrand, Ripamonti, Martinelli, Noè, Vandewiele und Pisoni an die Kommission gerichtete mündliche Anfrage mit Aussprache über das Statut des Wanderarbeitnehmers (Dok. 259/77).

Herr Vredeling, *Vizepräsident der Kommission*, beantwortet die Anfrage.

Es sprechen die Herren Bertrand im Namen der Christlich-Demokratischen Fraktion, Albers im Namen der Sozialistischen Fraktion, Broeksz.

Der Präsident erteilt Herrn Bertrand die Genehmigung, ein zweites Mal das Wort zu ergreifen.

Anschließend sprechen die Herren Rivierez im Namen der Fraktion der Europäischen Demokraten für den Fortschritt, Pistillo im Namen der Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden, Vredeling.

Der Präsident erklärt die Aussprache über diese Anfrage für geschlossen.

Die Sitzung wird um 13.10 Uhr unterbrochen und um 15.20 Uhr wieder aufgenommen.

VORSITZ: EMILIO COLOMBO

Präsident

Fragestunde

Nach der Tagesordnung folgt die Fortsetzung und der Schluß der Fragestunde (Dok. 269/77).

Anfragen an die Kommission**Nr. 12 von Sir Brandon Rhys Williams: Liberalisierung des Versicherungswesens**

Herr Vredeling, *Vizepräsident der Kommission*, beantwortet die Anfrage.

Sir Brandon Rhys Williams ergreift das Wort.

Die Anfrage Nr. 13 von Herrn Caillavet über die Förderung europäischer Projekte wird schriftlich beantwortet, da der Verfasser nicht anwesend ist und keinen Stellvertreter benannt hat.

Die Anfrage Nr. 14 von Sir Geoffrey de Freitas über Reisen von Bürgern der Gemeinschaft wird vertagt.

Nr. 15 von Frau Kellett-Bowman: Europäischer Fonds für Entwicklung

Herr Giolitti, *Mitglied der Kommission*, beantwortet die Anfrage.

Frau Kellett-Bowman ergreift das Wort.

Die Anfrage Nr. 16 von Herrn Kavanagh über die Verwendung von Dioxin — die für das Seveso-Unglück verantwortliche Chemikalie — als Unkrautvernichtungsmittel in Irland wird schriftlich beantwortet, da der Verfasser nicht anwesend ist und keinen Stellvertreter benannt hat.

Die Anfrage Nr. 17 von Herrn Cousté über die Verhandlungen zwischen dem Beauftragten Präsident Carters und den Verantwortlichen der Kommission wird vertagt.

Die Anfrage Nr. 18 von Herrn Berkhouwer über Dumpingpraktiken bei der Einfuhr von Elektromotoren aus Ostblockländern wird schriftlich beantwortet, da der Verfasser nicht anwesend ist und keinen Stellvertreter benannt hat.

Es spricht Herr Vredeling, *Vizepräsident der Kommission*.

Zu Verfahrensfragen sprechen Frau Kellett-Bowman und Herr Dalyell.

Nr. 19 von Herrn Meintz: EG-Import von Stahl aus Osteuropa

Herr Vredeling, *Vizepräsident der Kommission*, beantwortet die Anfrage sowie Zusatzfragen von den Herren Fletcher-Cooke und Ellis.

Die Anfrage Nr. 20 von Herrn Howell über das System der Grünen Währung wird vertagt.

Nr. 21 von Herrn Radoux über die Landwirtschaft des Mittelmeerraums wird auf Antrag des Verfassers schriftlich beantwortet.

Nr. 22 von Herrn Herbert: Käseeinfuhren aus Neuseeland

Herr Gundelach, *Vizepräsident der Kommission*, beantwortet die Anfrage sowie Zusatzfragen von den Herren Herbert, Price und Dalyell.

Nr. 23 von Herrn Nyborg: Abwertung der dänischen grünen Krone

Herr Gundelach, *Vizepräsident der Kommission*, beantwortet die Anfrage sowie eine Zusatzfrage von Herrn Nyborg.

Da der Verfasser jetzt anwesend ist, ruft der Präsident die Anfrage Nr. 16 von Herrn Kavanagh über die Verwendung von Dioxin — die für das Seveso-Unglück verantwortliche Chemikalie — als Unkrautvernichtungsmittel in Irland auf.

Herr Giolitti, *Mitglied der Kommission*, beantwortet die Anfrage sowie eine Zusatzfrage von Herrn Kavanagh.

Der Präsident erklärt die Fragestunde für geschlossen.

Zu Verfahrensfragen betreffend den Ablauf der Fragestunde sprechen Herr Broeksz, Sir Derek Walker-Smith, Frau Ewing, Herr Hamilton, Sir Derek Walker-Smith, die Herren Blumenfeld und Broeksz.

Zu diesen Verfahrensfragen spricht Herr Vredeling, *Vizepräsident der Kommission*.

Mittelübertragungen vom Haushaltsjahr 1976 auf das Haushaltsjahr 1977 (Abstimmung)

Das Parlament nimmt die im Bericht von Herrn Cointat (Dok. 275/77) enthaltene Entschließung an:

ENTSCHLIESSUNG

mit der Stellungnahme des Europäischen Parlaments zu der Gesamtliste der Anträge auf Mittelübertragungen vom Haushaltsjahr 1976 auf das Haushaltsjahr 1977 (nichtautomatische Übertragungen)

Das Europäische Parlament,

— vom Rat gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Haushaltsordnung ⁽¹⁾ der Europäischen Gemeinschaften konsultiert (Dok. 181/77),

— in Kenntnis des Berichtes des Haushaltsausschusses (Dok. 275/77),

1. billigt die von der Kommission beantragten nichtautomatischen Mittelübertragungen in Höhe von:

a) 9 603 834 RE (Kapitel 33)

b) 92 355 265,43 RE (Kapitel 60, 61, 62)

c) 17 150 000 RE (Kapitel 92)

für den Einzelplan „Kommission“ des Haushaltsplans 1976;

2. behält sich die Möglichkeit einer gründlicheren Prüfung der Verwaltung der übertragenen Mittel anlässlich der Entlastungsverfahren für die Haushaltsjahre 1976 und 1977 vor;

3. bekräftigt seine bei der Prüfung des Vorschlags zur Änderung der Haushaltsordnung geäußerte Auffassung, daß die Abschaffung der nichtautomatischen Mittelübertragungen wünschenswert wäre;

4. weist darauf hin, daß ein Teil der Übertragungen auf die Verspätung zurückzuführen ist, mit der der Rat die Beschlüsse zur Durchführung bestimmter Programme faßt;

5. äußert nachdrücklich Vorbehalte gegenüber den Verzerrungen, die bei der Ausgabe bestimmter Mittel durch die Kommission eingetreten sind, und ist der Auffassung, daß die Haushaltsbehörde rechtzeitig über den Rückgriff auf Verfahren, die Ausnahmen bleiben müssen, unterrichtet werden muß.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 116 vom 1. 5. 1973.

Datenverarbeitung in der Gemeinschaft (Abstimmung)

Nach der Tagesordnung folgt die Abstimmung über den im Bericht von Herrn Cousté (Dok. 235/77) enthaltenen Entschließungsantrag.

Zu den zu Ziffer 26 eingereichten Änderungsanträgen schlägt Lord Bessborough im Namen des Haushaltsausschusses einen mündlichen Änderungsantrag vor, in dem der Text des Änderungsantrags Nr. 2 der Herren Glinne und Cousté übernommen wird, aber der Ausdruck „zu vervollständigen“ durch den Ausdruck „auf den neuesten Stand zu bringen“ ersetzt werden soll.

Zu Verfahrensfragen sprechen die Herren Dalyell, Lange, *Vorsitzender des Haushaltsausschusses*,

Brown, Klepsch, Lange, Glinne, *Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung*, Aigner und Klepsch.

In Vertretung des Berichterstatters spricht Herr Glinne zu Änderungsantrag Nr. 2, den er mit Herrn Cousté eingereicht hat.

Lord Bessborough spricht zu Änderungsantrag Nr. 1, den er im Namen des Haushaltsausschusses eingereicht hat.

Das Parlament nimmt die Präambel und die Ziffern 1 bis 25 an.

Der Präsident stellt fest, daß zu Ziffer 26 folgende Änderungsanträge vorliegen:

- | | |
|--|---|
| — ein Änderungsantrag Nr. 1 von Lord Bessborough im Namen des Haushaltsausschusses; | Änderungsantrag Nr. 2 wird abgelehnt. |
| — ein Änderungsantrag Nr. 2 von den Herren Glinne und Cousté; | Es spricht der stellvertretende Berichterstatter. |
| — der als Kompromißlösung für die beiden vorgenannten Änderungsanträge mündlich vorgelegte Änderungsantrag von Lord Bessborough. | Der mündliche Änderungsantrag von Lord Bessborough wird angenommen. |
| Änderungsantrag Nr. 1 wird abgelehnt. | Das Parlament nimmt die Ziffern 27 und 28 an. |
| | Das Parlament nimmt die folgende Entschliessung an: |

ENTSCHLIESSUNG

mit der Stellungnahme des Europäischen Parlaments zu den Vorschlägen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat betreffend ein Vierjahresprogramm zur Förderung der Datenverarbeitung in der Gemeinschaft

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis der Entschliessung des Rates vom 15. Juli 1974 über eine gemeinschaftliche Politik auf dem Gebiet der Datenverarbeitung ⁽¹⁾,
- in Kenntnis der Vorschläge der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat ⁽²⁾,
- vom Rat konsultiert (Dok. 433/76),
- in Kenntnis des Berichtes des Ausschusses für Wirtschaft und Währung und der Stellungnahmen des Rechtsausschusses, des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für Energie und Forschung (Dok. 235/77),

A — hinsichtlich des Berichtes über die Entwicklung des Datenverarbeitungssektors

1. entnimmt dem Bericht der Kommission über die Entwicklung auf dem Datenverarbeitungssektor, daß eine europäische Datenverarbeitungsindustrie in Sektoren mit ausgesprochen guten Wachstumsaussichten, wie Peripherieinformatik, Software und elektronische Bauelemente, noch ausgedehnte Entfaltungsmöglichkeiten haben dürfte;
2. stellt indessen fest, daß die Entwicklungschancen der europäischen Datenverarbeitungsindustrie auf Grund ihrer derzeit schwachen Stellung auf dem Weltmarkt bald gleich null sein werden, wenn nicht umgehend eine gemeinschaftliche Politik für diesen Bereich in Gang gesetzt wird;
3. stellt fest, daß diese Schlüsselindustrie, vor allem der Sektor der Zentraleinheiten mittlerer und hoher Leistung, seit einigen Jahren von einem einzigen großen Unternehmen beherrscht wird;
4. weist in diesem Zusammenhang auf die unzulänglichen Aktionen hin, die seit der Entschliessung des Rates vom 15. Juli 1974 zur Verwirklichung einer solchen Politik unternommen wurden, obwohl die Datenverarbeitung für die Gemeinschaft und ihre wirtschaftliche und technologische Stellung in der Welt von enormer Bedeutung ist; erwartet insbesondere vom Rat, daß er das zweite Programm für Datenverarbeitung so bald wie möglich annimmt und zur Durchführung bringt ⁽³⁾;
5. bemerkt ferner, daß der Bericht auf schwere Informationslücken auf dem Gebiet der Datenverarbeitung in der Gemeinschaft hinweist;

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 86 vom 20. 7. 1974, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. C 39 vom 16. 2. 1977, S. 2.

⁽³⁾ Vorschlag, der dem Rat am 22. 9. 1975 (ABl. Nr. C 14 vom 21. 1. 1976, S. 5) von der Kommission vorgelegt und vom Europäischen Parlament am 12. 1. 1976 (ABl. Nr. C 28 vom 9. 2. 1976, S. 6) gebilligt wurde.

6. erwartet von der Kommission und vom Rat, daß sie die entsprechenden Maßnahmen treffen, damit die Gemeinschaft über das statistische Material verfügen kann, das für die Benutzer und die Industrien von größter Wichtigkeit und für die wirksame Anwendung einer gezielten Politik in diesem Bereich unerlässlich ist;

B — hinsichtlich des Vierjahresprogramms zur Förderung der Datenverarbeitung

a) *Umfeld der Datenverarbeitungsindustrie*

7. billigt — unter Betonung des Erfordernisses, daß vorrangig internationale Normen geschaffen werden müssen — die in dem Mehrjahresprogramm enthaltenen Maßnahmen, damit eine Standardisierungspolitik betrieben werden kann, da sonst die Gefahr besteht, daß der Gemeinschaftsmarkt auf die Normen eines einzigen Herstellers angewiesen bleibt; erwartet, daß die Kommission nach Konsultierung der Industrie zu diesem Bereich konkrete Vorschläge unterbreitet, die vor allem auf eine Standardisierung der Kenndaten und der grundlegenden Verfahren für die Benutzer der europäischen Datenverarbeitung gerichtet sind, bevor diese technisch zur Durchführung gelangen;

8. billigt die von der Kommission ins Auge gefaßten Maßnahmen zur Koordinierung der öffentlichen Beschaffungspolitik der Gemeinschaft; ist indessen der Ansicht, daß zur Unterstützung und Entwicklung der europäischen Datenverarbeitung im Rahmen eines homogenen Marktes unbedingt zwingendere und spezifische Maßnahmen für das öffentliche Vergabewesen getroffen werden müssen;

9. stellt in diesem Zusammenhang fest, daß die vom Rat am 21. Dezember 1976 verabschiedete Richtlinie betreffend die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Lieferaufträge den Datenverarbeitungssektor bis 1981 aus ihrem Geltungsbereich ausschließt; fordert die Kommission angesichts des komplizierten Charakters der zu treffenden Maßnahmen auf, vor Ende des kommenden Jahres einen ersten Vorschlag für diesen Markt auszuarbeiten;

10. billigt die in dem Programm vorgesehenen Untersuchungen, insbesondere: die Auswirkungen der Datenverarbeitung auf die Beschäftigungslage, die Harmonisierung der Rechtsvorschriften für einen wirksamen Schutz der Bürger und rechtlichen Schutz der Computerprogramme; wünscht, daß diesen Untersuchungen präzise Vorschläge folgen;

11. ersucht die Kommission, so bald wie möglich eine Richtlinie „Datenverarbeitung und Freiheit“ auszuarbeiten, die den Bürgern den bestmöglichen Schutz vor Mißbrauch oder Mängeln der Datenverarbeitung garantiert, bevor widersprüchliche nationale Rechtsvorschriften entstehen; unterstreicht ferner, daß die erforderlichen technischen und wissenschaftlichen Untersuchungen veranlaßt werden müssen, um den Zugang zu den Datenverarbeitungssystemen zu schützen;

12. unterstreicht das Erfordernis, daß die Kommission über ausreichende Mittel verfügen muß, um den etwaigen Mißbrauch von marktbeherrschenden Stellungen so bald wie möglich aufdecken und dagegen vorgehen zu können;

b) *Gemeinschaftsunterstützung des Datenverarbeitungssektors*

13. ist der Auffassung, daß der in dem Mehrjahresprogramm vorgeschlagene Unterstützungsmechanismus geeignet ist, schwerwiegende Folgen des bisher beobachteten Mangels an Koordinierung zwischen den Aktionen der Unternehmen und der Mitgliedstaaten auszugleichen;

14. bedauert indessen, daß das Vierjahresprogramm entgegen dem in der Entschließung vom 15. Juli 1974 genannten Globalziel den Sektor der Zentraleinheiten mittlerer und hoher Leistung sowie den Sektor der elektronischen Bauelemente angesichts ihrer Bedeutung ausschließt;

15. ist der Auffassung, daß eine rigorose Auswahl der Vorhaben, für die eine Unterstützung der Gemeinschaft gewährt wird, entsprechend ihrer Bedeutung und ihrer Leistungsfähigkeit in der Industrie, vorrangig auf dem Sektor der Peripheriegeräte und der Bauelemente, für den wirtschaftlichen Erfolg und die Tauglichkeit der Aktionen unerlässlich ist. In diesem Zusammenhang muß die Kommission die europäischen Unternehmen veranlassen, nicht nur permanent zusammenzuarbeiten, sondern sich auch gegenseitig Lieferaufträge zu erteilen; dies soll durch finanzielle Anreize durch Unterstützung der erforderlichen Anpassungen geschehen;
16. weist auf den geringen Umfang der vorgeschlagenen Mittel hin und unterstreicht, daß für die Schaffung einer leistungsfähigen und wettbewerbsfähigen europäischen Datenverarbeitungsindustrie sehr hohe Beträge auf Gemeinschaftsebene eingesetzt werden und die Mitgliedstaaten hierzu der Gemeinschaft einen immer größeren Anteil von Finanzmitteln überweisen sollten;
17. ist der Ansicht, daß das Vierjahresprogramm Übereinkommen für eine Zusammenarbeit mit nichtmarktbeherrschenden außereuropäischen Gesellschaften in Betracht ziehen sollte;
18. billigt den Grundsatz der Errichtung eines von der Europäischen Investitionsbank verwalteten gemeinschaftlichen Leasing-Fonds und ersucht die Kommission, baldigst einen diesbezüglichen Vorschlag zu unterbreiten;
19. ist ferner der Auffassung, daß die Kommission für die Förderung der Anwendung der Datenverarbeitung in der Gemeinschaft ergänzende Vorschläge unterbreiten sollte;
20. unterstreicht das Erfordernis, die europäische Forschung im Sektor Datenverarbeitung und speziell im Kernbereich der elektronischen Bauelemente und der Software zu intensivieren und zu erweitern, vor allem durch eine erhöhte Koordinierung der einzelstaatlichen Forschungsanstrengungen auf Gemeinschaftsebene;

C — Hinsichtlich der Elektronik-Bauelemente-Industrie

21. ist mit der Kommission einer Meinung, daß eine europäische Kapazität von integrierten Schaltungen für die europäische Wirtschaft unbedingt erforderlich ist;
22. vertritt die Auffassung, daß sich die europäische Industrie für integrierte Schaltungen — unter Wahrung der Vorschriften der Verträge — um eine Umstrukturierung bemühen muß;
23. erachtet es ferner für angezeigt, ein gemeinsames Technologie-Entwicklungsprogramm durchzuführen, das notwendigerweise sowohl von den einzelnen Staaten als auch von der Gemeinschaft unterstützt wird;
24. bedauert indessen sehr, daß sich die Kommission derzeit in bezug auf einen für die Zukunft der Datenverarbeitungsindustrie der Gemeinschaft so entscheidenden Bereich auf eine Absichtserklärung in Form einer Mitteilung beschränkt, und fordert nachdrücklich, daß baldigst konkrete Vorschläge für dieses Gebiet unterbreitet werden;
25. dringt beim Rat und der Kommission darauf, alles zu tun, damit das Ziel, bis zu Beginn der achtziger Jahre eine brauchbare und wettbewerbsfähige europäische Datenverarbeitungsindustrie zu schaffen, kein toter Buchstabe bleibt;
26. ersucht angesichts der Vorbehalte des Haushaltsausschusses die Kommission, ihre Vorschläge betreffend ein Vierjahresprogramm zur Förderung der Datenverarbeitung in der Gemeinschaft auf den neuesten Stand zu bringen und nach angemessener Konsultation aller Industrie- und Handelsverbände des Datenverarbeitungssektors, die sowohl die Hersteller als auch die Benutzer vertreten, ein zusätzliches Mehrjahresprogramm vorzulegen;
27. ersucht die Kommission, die nachstehende Änderung gemäß Artikel 149 Absatz 2 des EWG-Vertrags in ihren Vorschlag zu übernehmen; billigt mit diesem Vorbehalt die Vorschläge der Kommission;
28. beauftragt seinen Ausschuß für Wirtschaft und Währung, der allein für den Bereich der Industriepolitik zuständig ist, im Lichte des Berichtes der Kommission über die Ausführung des Vierjahresprogramms die Entwicklungen der europäischen Datenverarbeitungsindustrie zu verfolgen und ihm gegebenenfalls Bericht zu erstatten.

VON DER KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN VORGESCHLAGENER TEXT ⁽¹⁾

VOM EUROPÄISCHEN PARLAMENT GEÄNDERTER TEXT

Beschluß des Rates zur Festlegung eines Mehrjahresprogramms (1978—1981) für den DV-Sektor

Präambel, Erwägungen und Artikel 1 bis 3 unverändert

Artikel 4

Die Kommission legt dem Rat und dem Parlament einen *jährlichen* Bericht vor. Das Programm wird 1979 überprüft und kann nach Rücksprache mit dem Ausschuß für die Verwaltung und Koordinierung der Datenverarbeitungsprogramme revidiert werden, um sachdienliche Änderungen bis spätestens Anfang 1980 durchführen zu können. Auf Rat des Verwaltungs- und Koordinierungsausschusses für DV-Programme unterbreitet die Kommission dem Rat alle für eine geeignete Ergänzung der Programme notwendigen Vorschläge.

Artikel 4

Die Kommission legt dem Rat und dem Parlament *jährlich* einen Bericht vor. Das Programm wird 1979 überprüft, damit schon Anfang 1980 etwaige Änderungen durchgeführt werden können. Nach Stellungnahme des Verwaltungs- und Koordinierungsausschusses für DV-Programme und nach Anhörung des Parlaments unterbreitet die Kommission dem Rat alle für eine etwaige Änderung des Programms geeigneten Vorschläge.

Anlage unverändert

⁽¹⁾ Vollständiger Text siehe ABl. Nr. C 39 vom 16. 2. 1977, S. 2.

Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der EG und Portugal (Aussprache)

In Vertretung des Berichterstatters legt Herr Price den von Herrn Bayerl im Namen des Ausschusses für Außenwirtschaftsbeziehungen ausgearbeiteten Bericht über die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Portugal (Dok. 187/77/rev.) vor.

Es spricht Herr Martinelli im Namen der Christlich-Demokratischen Fraktion.

VORSITZ: CARLO MEINTZ

Vizepräsident

Es sprechen die Herren Scott-Hopkins im Namen der Europäischen Konservativen Fraktion und Vredeling, *Vizepräsident der Kommission*.

Der Präsident erklärt die Aussprache über diesen Bericht für geschlossen.

Tagesordnung der nächsten Sitzung

Der Präsident weist darauf hin, daß für die nächste Sitzung, morgen, Freitag, 16. September 1977, die folgende Tagesordnung festgelegt wurde:

9.00 Uhr bis 12.00 Uhr:

- Verfahren ohne Bericht;
- mündliche Anfrage ohne Aussprache an die Kommission über Gebühren für den internationalen Fernschreibverkehr;
- Bericht von Herrn Hughes über Heringe;
- Abstimmungen über die Entschließungsanträge, zu denen die Aussprache abgeschlossen ist.

Die Sitzung wird um 17.10 Uhr geschlossen.

H. R. NORD
Generalsekretär

Carlo MEINTZ
Vizepräsident